



Deutscher
BundeswehrVerband

- Es gilt das gesprochene Wort -

Friedenseinsätze der Bundeswehr im Ausland

**Vortrag des Bundesvorsitzenden des Deutschen
Bundeswehr**Verbandes,

Oberst Ulrich Kirsch,

bei der Distriktkonferenz des Rotary Distrikts 1880

am 26. Juni 2010

in Leipzig

*Wir sind für
unsere
Mitglieder da!*

I.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe rotarische Familie,

ein beliebter Anfang für eine Rede ist das Zitat eines bekannten – möglichst schon lange verstorbenen – Politikers, Schriftstellers oder Lebemannes. Wem wird da nicht alles an Zitaten zugeschrieben? Versuchen Sie heute einmal nachzuvollziehen, von wem das inzwischen geflügelte Wort „Deutschland ist von Freunden umzingelt“ wirklich stammt. Von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl über unseren Rekord-Außenminister Hans-Dietrich Genscher bis hin zu dessen Amtsnachfolger Klaus Kinkel und noch mehr werden Sie viele vermeintliche Urheber finden. Aber der Vorteil von Zitaten ist ja, dass die Zitierten das im Zweifel nicht erfahren.

Ich will meine Rede heute mit gleich zwei Zitaten beginnen. Das eine stimmt zu 100 Prozent, denn ich habe es selber

nachgelesen. Für das andere verbürge ich mich nur mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit.

Der Bundesminister der Verteidigung Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg hat am 26. Mai eine Grundsatzrede an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg gehalten. Er beginnt mit dem Satz, dass er ungern Zitate verwende, sondern viel lieber selber Zitate setze. Sich selber nicht so recht daran haltend, zitiert der Minister danach recht umfangreich den preußischen General und Heeresreformer Gerhard von Scharnhorst.

Ich selber will es ähnlich halten. Später werde ich – in aller Unbescheidenheit – auf eigene und wiederum zitierte Formulierungen als Anlass für einige Betrachtungen eingehen. Zunächst möchte ich den tschechischen Schriftsteller und Politiker Vaclav Havel bemühen:

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht“.

Auch heute noch, in Zeiten von beunruhigenden Nachrichten über Krieg und Gewalt, glauben viele Menschen fest daran, dass dauerhafter Frieden möglich ist.

Auch ich als Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, der Interessenvertretung aller Soldatinnen und Soldaten und als Rotarier, bin der festen Überzeugung, dass unsere Frauen und Männer in den Streitkräften im Einsatz ihren Beitrag zu einem möglichen Frieden leisten. Allerdings ist diese Bezeichnung leider teilweise von der Realität überholt. Viele Politiker - wie der ehemalige Bundesverteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung – haben das bis zum Ende ihrer Amtszeit nicht verstanden. Was ist denn heutzutage noch eine „friedliche Entwicklung“?

Es geht um viel mehr, das ist spätestens mit den Gefechten vom April 2010 in Afghanistan, wo sieben unserer Kameraden gefallen sind, allen klar gemacht geworden. Der „blutige“ Karfreitag hat sich in die Köpfe vieler Menschen in unserem Land eingebrannt, markiert er für sie doch einen Punkt des Verstehens: wir sind in einen richtigen Krieg verwickelt!

Diese Toten, aber auch die zum Teil sehr schwer Verwundeten, sind aber auch und gleichzeitig der Grund für die immer geringer werdende Akzeptanz der deutschen Bevölkerung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Erst letztes Wochenende, am 19. und 20. Juni, wurden erneut fünf deutsche Soldaten bei einer Serie von Gefechten im Norden Afghanistans verwundet. Und man kann nur von Glück reden, dass bei dem Anschlag auf unsere Kameraden am 22. Juni keiner verletzt wurde. Nebenbei gefragt: Wer von Ihnen hat davon in Ihrer Tageszeitung mehr als einen Kurzanriss zu diesem Gefecht gelesen?

II.

Deutschland engagiert sich militärisch seit nunmehr fast 20 Jahren an zahlreichen Orten der Welt. Über 250.000 Soldatinnen und Soldaten haben sich seit dem ersten Einsatz deutscher Streitkräfte 1992 in Kambodscha für Frieden – oder besser - Stabilität in Krisengebieten eingesetzt. Und das, um zur Lösung internationaler Konflikte beizutragen und den Aufbau von Zivilgesellschaften zu fördern, zumindest die Menschen davon abzuhalten, sich weiter gegenseitig umzubringen. Die Qualität dieser Einsätze hat sich in den letzten Jahren deutlich drastisch verändert.

Angefangen als eine Art „Entwicklungshelfer“, bauten und reparierten die deutschen Soldaten 1993 in Somalia Straßen, Brücken und Schulen.

Zu diesem Zeitpunkt hätte keiner gedacht, dass sich Deutschland knapp 20 Jahre später in einem so genannten

„nicht internationalen bewaffneten Konflikt“ in Afghanistan befinden würde, der mit militärischen Waffen und militärischen Taktiken geführt wird und täglich zu schweren Gefechten führt.

Ganz im Gegenteil: Der frühere Außenminister, unser rotarischer Freund, Genscher war Anfang der Neunziger Jahre noch der festen Überzeugung, bewaffnete Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebiets der NATO würden gegen die Verfassung verstoßen. Erst das Bundesverfassungsgericht stellte in seiner so genannten „Adria-Entscheidung“ vom Juli 1994 klar, dass solche Einsätze im Rahmen eines völkerrechtlichen Bündnisses wie der Vereinten Nationen durchaus möglich sind. Voraussetzung sei die – grundsätzlich vorherige – Zustimmung des Bundestages. Das Gericht hat damit die juristischen Weichen für nahezu alle folgenden Auslandseinsätze der Streitkräfte gestellt. Wie geradezu „naiv“ kommt mir die damalige von Nachkriegsbefindlichkeiten - berechtigten – geprägte

Diskussion vor. Heute fallen deutsche Soldaten – heute müssen deutsche Soldaten töten.

III.

Unter all den Einsatzgebieten, in denen die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllt, sticht Afghanistan besonders hervor. Die Gründe hierfür sind leider so offensichtlich wie tragisch, und zeugen von der politischen Tragweite und Bedeutung des internationalen Engagements in dieser strategisch so wichtigen Region.

Seit Monaten sind unsere Männer und Frauen systematischen Anschlägen ausgesetzt und müssen sich in stundenlangen Feuertreffen ihres Lebens erwehren. Die Politiker von Bundesregierung und Bundestag haben meiner Meinung nach lange nicht verstanden oder verstehen wollen, wie ernst die Lage ist. Gerade die Bundesregierung hat sich zu lange hinter der Amtssprache und weichgespülten Begriffen versteckt, wenn sie ISAF, kurz für International Security Assistance Force, zu

Deutsch Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, als reine Aufbau-Mission beschrieben haben – immer noch alten Befindlichkeiten und vermeintlich notwendigen Rücksichtnahmen auf die Bevölkerung geschuldet.

Das Wort „Krieg“ oder „kriegsähnliche Zustände“ hat erst der neue Minister Karl-Theodor zu Guttenberg auch öffentlich benutzt. Auch viele Bundestagsabgeordnete haben die klaren Worte gescheut, weil sie damit ihren Wählern gegenüber hätten zugeben müssen, unsere Töchter und Söhne in den Krieg geschickt zu haben.

Nur der Deutsche BundeswehrVerband hat schon seit anderthalb Jahren die richtigen Worte für den Einsatz gewählt. Das geschah aus zweierlei Gründen: Erstens entsprach das – und nur das – dem Empfinden der Soldatinnen und Soldaten vor Ort. Wir haben den Anspruch als Interessenvertretung, für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zu sprechen, also müssen wir auch deren Sprache benutzen, auch wenn das

von vielen als unbequem empfunden wurde und immer noch wird.

Zweitens haben wir das schon damals für juristisch nicht nur richtig, sondern als notwendig angesehen, um den Frauen und Männern auch in strafrechtlicher Hinsicht Rechts- und damit Handlungssicherheit zu geben. Erst haben uns einzelne Völkerrechtler zugestimmt, inzwischen tun das die Bundesregierung und die Bundesanwaltschaft als zuständige Strafverfolgungsbehörde. Auch hier haben sich dramatische Kehrtwendungen vollzogen, den Realitäten hinterher hinkend.

Inzwischen haben Bundesregierung und Bundestag den wahren Charakter des ISAF-Einsatzes erkannt. Sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Bundesminister der Verteidigung haben zugesagt, dem deutschen ISAF-Kontingent alles zur Verfügung zu stellen, was es für die Auftragserfüllung und Sicherheit der Soldaten benötigt. Jetzt erst! Ich will das aber an dieser Stelle nicht weiter kommentieren.

Darauf haben meine Kameradinnen und Kameraden im Einsatz auch Anspruch! Darüber hinaus darf aber niemand vergessen, dass der militärische Anteil des Afghanistan-Engagements nicht der Schlüssel zum Erfolg ist.

Der Deutsche Bundeswehrverband hat immer gesagt, dass es in Afghanistan allein militärisch nichts zu gewinnen gibt. Der zivile Aufbau muss im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen. Denn die internationale ISAF-Truppe wird die Verantwortung nur dann an die afghanischen Behörden abgeben und das Land verlassen können, wenn Wirtschaft, Verwaltung und Sicherheitskräfte der Afghanen das Land selber in die Hand nehmen können.

Diesen umfassenden zivilen Aufbau können Soldatinnen und Soldaten aber nicht leisten. Sie können ihn nur absichern. Lassen Sie mich an dieser Stelle anmerken, dass es schon eine eher lustige Sache ist, dass es ausgerechnet der Deutsche

Bundeswehrverband ist, der diese Position am offensivsten vertreten hat.

Die Bundesregierung ist vielen unserer Forderungen dazu nachgekommen. Es gibt nun einen eigenen Kabinettsausschuss mit der Kanzlerin an der Spitze, um die nationalen Anstrengungen besser zu bündeln. Ein Sonderbotschafter kümmert sich um die Koordinierung mit den internationalen Partnern. Und in ihrem Afghanistan-Konzept vom Januar 2010 hat die Bundesregierung zumindest den Versuch einer Bilanzierung unternommen und sich selbst konkrete Ziele beim Aufbau des Landes gesteckt.

Noch gibt es da mehr zu tun. Als Beispiel greife ich nur die Finanzierung heraus: Auch mit dem schon kräftig aufgestockten Budget des Entwicklungshilfeministeriums von 430 Millionen Euro steht der zivile Anteil dem militärischen mit seinen zunächst veranschlagten 820 Millionen Euro für 2010 im

Verhältnis „eins zu zwei“ gegenüber. Dieses Missverhältnis spricht für sich.

IV.

Die Bundeswehr ist noch in vielen anderen Einsatzgebieten präsent. Erst am 10. Juni haben die Mitglieder des Bundestages der Verlängerung des Bundeswehreinsatzes Kosovo-Force (KFOR) um ein weiteres Jahr mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ebenfalls fortgesetzt wird der Einsatz der Bundeswehr vor der libanesischen Küste. Mit großer Mehrheit stimmte der Deutsche Bundestag am 17. Juni für eine Verlängerung des UNIFIL-Mandats (United Nations Interim Force in Lebanon) bis zum 30. Juni 2011. Die Aufgabe der Bundeswehr besteht zum einen darin, die libanesischen Seegrenzen zu überwachen und den Waffenschmuggel zu unterbinden, zum anderen aber auch in der Unterstützung der libanesischen Marine, eigene

Fähigkeiten aufzubauen. Und das macht unsere deutsche Marine sehr erfolgreich, wenn man bedenkt, dass sich die Situation in der Region seit dem Ausbruch des Libanonkonflikts 2006 deutlich entspannt hat.

Aber auch die Anti-Piraterie-Mission Atalanta vor Somalia bleibt uns vorerst erhalten, da sich die Seeräuber nicht von selbst andere Beschäftigungen suchen. Hier geht es neben dem Schutz der Handelswege auch um die Sicherung von Lebensmittellieferungen für die Not leidende Bevölkerung. Da sich die Piraten immer weiter von den Küstengewässern entfernten, wurde das Einsatzgebiet im Juni 2009 vom Gebiet zwischen Somalia und dem Golf von Aden bis hin zu den Seychellen ausgeweitet. Das Geschäftsmodell Piraterie breitet sich immer weiter aus. Ich bin mir nicht sicher, ob wir so aufgestellt sind, dass wir überall sein können.

Das Spektrum der bewaffneten Einsätze der Bundeswehr als Beitrag Deutschlands zur schnellen Krisen- und Konfliktreaktion

umfasst nur Missionen gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen der NATO, der EU oder den Vereinten Nationen. Die Bundeswehr ist heute international als erfolgreicher Akteur bei Friedenseinsätzen anerkannt.

V.

Deutschlands Gesellschaft und seine Politik haben seit Anfang der 1990er Jahre einen enormen Veränderungsprozess erlebt. Regierung und Abgeordnete, aber auch die Zivilgesellschaft müssen sich fortlaufend mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr zur Sicherung und zum Erhalt des Friedens beschäftigen.

Ob nun im Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen von Enduring Freedom am Horn von Afrika oder bei friedenserhaltenden Einsätzen auf dem Balkan oder in Afghanistan – unsere Soldatinnen und Soldaten haben einen

Anspruch auf die volle Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit sowie die Rücksichtnahme auf ihre Interessen.

Leider ist dies immer noch nicht selbstverständlich. Vielmehr kann man viel eher von einem „freundlichen Desinteresse“ der deutschen Gesellschaft gegenüber den Belangen der Bundeswehr sprechen. So bezeichnete es unser rotarischer Freund Bundespräsident a. D., Dr. Horst Köhler, im Jahr 2005.

Diese Einschätzung hat nicht an Aktualität verloren. Ich möchte Ihnen das Buch „Einsatz ohne Ziel“ von Klaus Naumann ans Herz legen. Dabei handelt es sich keineswegs um den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, sondern um einen Politologen, der eine interessante und fesselnde Lagefeststellung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland vornimmt. An den Ereignissen in Afghanistan verdeutlicht er den Mangel politischen Denkens und spricht mir dabei aus dem Herzen.

Ich selber wurde im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Dezember 2009 mit der Feststellung zitiert, die Politiker unseres Landes hätten zahlreiche Gelegenheiten verpasst, unsere Soldatinnen und Soldaten mit der „notwendigen Rechts- und Verhaltenssicherheit“ auszustatten.

Auch jetzt genügt es im Hinblick auf den Afghanistan – Einsatz einfach nicht, auf die Grundsätze des Kriegsvölkerrechts zu verweisen. Allein um die Soldaten mit den daran angepassten Einsatzregeln auszustatten, muss sich das Parlament der Tragweite seiner Entscheidung bewusst sein.

Auch der ehemalige Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik von Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei, zweifelsohne einer der besten Verteidigungspolitiker der Vergangenheit, stellt in seinem Beitrag für das Friedensgutachten 2010 unter der Überschrift „Der ISAF – Einsatz der Bundeswehr – Anmerkungen zu einer überfälligen Bilanzierung“ fest, dass sich die Soldatinnen und Soldaten im

Afghanistan-Einsatz von Politik und Gesellschaft allein gelassen fühlen. Für Bundeswehrangehörige, die als Staatsbürger in Uniform aus Überzeugung handeln und höchste Risiken übernehmen sollen, ist das ein unerträglicher Zustand.

Der Deutsche BundeswehrVerband hat schon lange auf diesen Makel hingewiesen und versucht, den Rückhalt für unsere Männer und Frauen durch die Politik zu erlangen. Aber die politische Führung brachte weder die notwendige strategische Klarheit noch die Kraft zu einem offenen und ehrlichen Umgang mit dem Afghanistan–Einsatz auf.

Sowohl die Bundesregierung als auch der Bundestag stehen in der Pflicht, alles für einen im Sinne des Auftrags aussichtsreichen Einsatz zu tun. Schließlich sind sie es, die unsere Soldatinnen und Soldaten in diesen hochriskanten Einsatz entsenden. Und gegenüber diesen Menschen und ihren Familien hat unser Staat eine ganz besondere Verpflichtung.

Ich habe nach wie vor Zweifel, ob unser Staat dieser Verantwortung wirklich gerecht wird.

VI.

Liebe rotarische Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, ich möchte mich noch eines Zitates bedienen. Der Anfang des 20. Jahrhunderts tätige französische Politiker Aristide Briand sagte „ Um Frieden zu haben, muss man ihn wollen. Man darf nicht ständig daran zweifeln“.

Dieses sollten wir uns alle zu Herzen nehmen, denn das, wofür unsere Frauen und Männer tagtäglich ihr Leben riskieren, sind Einsätze für den Frieden der Menschen, welche in den Ländern wohnen. Sie möchten für diese Menschen die Sicherheit erreichen und vermitteln, die sie selber in ihrem Heimatland Deutschland verspüren.

Nicht jeder Zweifel ist kontraproduktiv, aber es ist auch nicht jeder Zweifel hilfreich. Denn bei aller Trauer und allem Schmerz gibt es Erfolge. Denken Sie beispielsweise an die Stellung des weiblichen Geschlechts. Als die Taliban die Macht in Afghanistan hatten, wurden sowohl die Frauen als auch die Mädchen aus der Gesellschaft, zumindest aus dem öffentlichen Leben zurück gedrängt. Sie sollten sich ausschließlich um Haus und Kinder kümmern. Nachdem das Talibanregime gestürzt wurde, erhielten die Mädchen Zugang zu Schulbildung. Die Errichtung von Mädchenschulen ist ein erster, kleiner Erfolg auf einem langen Weg.

Wer sich insbesondere für diese Thematik interessiert, dem möchte ich unbedingt das Buch des afghanischstämmigen Autoren Khaled Hosseini, „Tausend strahlende Sonnen“, ans Herz legen. Dieser stellt eindrucksvoll dar, dass es für die Zukunft und Entwicklungsfähigkeit Afghanistans unerlässlich ist, seinen Frauen Zugang zu Macht zu geben und die Erlaubnis, die Zukunft des Landes zu gestalten. Eine Gesellschaft hat

keine Aussicht auf Erfolg, wenn ihre Frauen nicht hinreichend gebildet sind. Und genau das ist eines der Ziele unserer Frauen und Männer in ihrem Einsatz – Gleichberechtigung und das Schaffen eines „lebenswerten Lebens“ für die Bevölkerung Afghanistans.

VII.

Ob die Bundeswehr im Einsatz auch in Zukunft diesen Level halten kann, ist fraglich. Denn um den Auftrag des Parlaments ordnungsgemäß auszuführen, bedarf es einer gut ausgestatteten und vor allem gut ausgebildeten Bundeswehr. Jedoch gehen die wirtschaftliche Gesamtsituation und die damit verbundenen Sparmaßnahmen auch nicht an uns vorüber. Sie alle werden es mitbekommen haben. Wie es scheint, wird die jahrzehntelang bewährte Wehrpflichtarmee Bundeswehr sang- und klanglos zur Freiwilligenarmee umgestaltet – und das aus Kostengründen. Dies ist das schlechteste aller denkbaren

Motive für eine solche nicht nur sicherheitspolitisch weitreichende Entscheidung.

Die Bundeswehr in Gänze steht vor einer einzigartigen Umwälzung, deren Skizzierung und damit auch die Wahrnehmung durch viele Angehörige der Streitkräfte und Bürger nachvollziehbarer Weise noch schwer fällt. Aber sie stehen nicht alleine da. Auch die Bundesregierung hat sich meiner Auffassung nach noch nicht vollständig vergegenwärtigt, welche dramatische Entwicklungen sie mit ihren Sparbeschlüssen für die Streitkräfte ausgelöst hat – und welche sicherheitspolitischen Folgen diese für unser Land haben werden. Salopp kann man sagen „die Sicherheit wird dem Haushalt unterworfen“ und das sind denkbar ungünstige Voraussetzungen für die sicherheitspolitische Lage unseres Landes in der Zukunft.

Die Bundeswehr hat in den nächsten vier Jahren rund 8,3 Milliarden Euro einzusparen und sich langfristig auf einen noch

weiter sinkenden Haushalt einzustellen. Es ist damit ziemlich klar, wohin die Reise geht, auch wenn den Streitkräften durch die Bundesregierung noch eine „Prüfphase“ bis Ende des Sommers eingeräumt wird: Der Personalkörper der Bundeswehr wird signifikant verkleinert. Wir können getrost von Streitkräften von rund 150.000 verbleibenden Berufs- und Zeitsoldaten ausgehen. Wenn man die Schülerstellen und zentralen Verwendungen abzieht, bleiben für die Einsätze 117.000 Uniformierte. Das kommt einer Halbierung gleich.

Zudem scheint es so zu kommen, wie angekündigt: Die Wehrpflicht wird ausgesetzt und damit faktisch abgeschafft. Strukturen werden neu gestaltet und es wird wieder eine Standortschließungswelle rollen. Das geltende Weißbuch ist damit in Teilen überholt. Bei den Beschaffungsvorhaben wird das Verfahren und das Verhältnis der Streitkräfte zur deutschen wehrtechnischen Industrie überprüft.

VIII.

Nach all diesen „bad news“ habe ich Ihnen aber zum Ende meiner Rede aber auch einige „better news“ mitgebracht, wie Winfried Nachtwei es nennen würde. Dazu gehört ein aktuelles Projekt, auf das ich besonders stolz bin.

Mein Rotary Club Oberstufen Immenstadt hat den Einbau einer zentralen Heizungsanlage in einem Kinderkrankenhaus, der „Irene-Salimi-Klinik“ in Kabul, sowohl finanziell als auch moralisch unterstützt. Durch diesen Einbau können nun alle Gebäude der Salimi-Klinik im Winter mit ausreichend Wärme versorgt und im Sommer die wichtigsten Räume gekühlt werden. Maßgeblich engagiert war bei diesem Projekt ein rotarischer Freund, der inzwischen leider verstorbene Ingenieur Horst Maus vom RC Bad Dübren – Gott habe ihn selig!

Ich bin unheimlich stolz auf uns Rotarier, dass wir einen kleinen Beitrag zum Aufbau leisten konnten. Die gesamten 657.000

Euro konnten wir nun doch nicht schultern, aber wir haben dazu beigetragen.

Wir sind unserem Wahlspruch „selbstloses Dienen“ damit vollends gerecht geworden.

VIII.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich nähere mich dem Schluss meiner Rede und will nochmals auf das anfängliche Zitat von Vaclav Havel eingehen: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Diesem Gedanken folgt auch der Einsatz der Soldatinnen und Soldaten. Ich will Sie alle noch einmal daran erinnern, dass keine Soldatin und kein Soldat aus eigennützigen Motiven in den Einsatz geht. Keinem liegt daran, in Afghanistan – salopp

gesagt – „endlich einmal Krieg spielen zu können“ oder sich am Horn von Afrika die Sonne auf den Leib scheinen zu lassen.

Sicher – es gibt den nicht unerheblichen Auslandsverwendungszuschlag, der die Belastung und Gefährdung im Einsatz finanziell abgilt. Aber ich kenne keine Kameradin und keinen Kameraden, die, für welche Summe auch immer, das eigene Leben, ein Bein oder ein Auge im Einsatz riskieren würden. Nein, dem Willen, sich in diesen Zeiten für die Bundeswehr zu verpflichten, liegt die Entscheidung zugrunde, sich für das Heimatland und sogar für völlig Fremde in fremden Ländern zu engagieren und das eigene Leben zu riskieren.

Ich denke, dass diese Entscheidung unser aller Respekt verdient. Und sie begründet den Anspruch gegen die Bundesregierung und den Bundestag, für die bestmöglichen Bedingungen im Einsatz zu sorgen – beim militärischen Anteil einer Mission und beim zivilen Anteil. Denn entsandt werden die

Soldaten von der Bundesregierung und vom Deutschen Bundestag, also vom Deutschen Volk.

Bedanken möchte ich mich abschließend beim Governor des District 1880, Uwe Sahlmann, für die freundliche Einladung und die Gelegenheit, im Kreise der rotarischen Familie zu den Auslandseinsätzen und der aktuellen Lage der Bundeswehr vorzutragen. Sie, wir, sind als Rotarier wichtige Multiplikatoren in der Gesellschaft und ich hoffe, dass ich mein Anliegen, Ihnen unsere Gedanken näher zu bringen, erreicht habe.

Ihnen sowie allen Amtsträgern und Mitgliedern alles Gute!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!